



Antrag

der Fraktion der SPD

Perspektiven für Galeria Karstadt Kaufhof entwickeln

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag ist sich der Bedeutung der Galeria Karstadt Kaufhof Warenhäuser für die Städte und ihren innerstädtischen Handel bewusst. Die Häuser sind wichtige Arbeitgeber und zentrale Anker in den Innenstädten.

Das Land Schleswig-Holstein betrachtet mit Sorge den drohenden massiven Arbeitsplatzverlust und erwartet, dass Galeria Karstadt Kaufhof ihrer Verantwortung als Arbeitgeber gerecht wird.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- sich beim Eigentümer von Galeria Karstadt Kaufhof dafür einzusetzen, dass Schließungen verschoben werden. Durch den Zeitgewinn sollen unter Einbeziehung aller Beteiligten Perspektiven für den Fortbestand der Standorte von Galeria Karstadt Kaufhof entwickelt werden.
- sich dafür einzusetzen, dass die Transfergesellschaft zur Beschäftigung und Qualifizierung bei Bedarf von 6 Monate auf 12 Monate verlängert wird. Damit sollen den Beschäftigten der Filialen, denen die Schließung droht, bessere berufliche Perspektiven ermöglicht werden.
- ein Sofortprogramm aufzulegen, um die negativen Auswirkungen von Ladenleerständen infolge der Corona-Pandemie auf die schleswig-holsteinischen Innenstädte zu verringern bzw. zu vermeiden. Das Programm soll auch eine zeitweise Anmietung bzw. den Zwischenerwerb von leerstehenden Ladenlokalen durch die Kommunen ermöglichen, um kurzfristig Konzepte für eine Nachnutzung zu entwickeln.

Begründung:

Die Nachricht von den Schließungen von Filialen bei Galeria Karstadt Kaufhof ist ein schwerer Schlag für die Beschäftigten, aber auch für die Innenstädte in Schleswig-Holstein, die von der Existenz solch großer Warenhäuser leben. Um so viele Arbeitsplätze wie möglich zu erhalten, sind der Einsatz aller Beteiligten und die Entwicklung neuer Konzepte erforderlich. Für die Filialen, in denen strukturelle Anpassungen unumgänglich sind, müssen neben der Sicherung von Arbeitsplätzen lokale Lösungen zur Nachnutzung der Häuser gefunden werden. Leerstehende Ladenlokale entwickeln sich oft zu Spekulationsimmobilien. Den Kommunen soll deshalb mit Hilfe eines Landesförderprogramms auch ein Zwischenerwerb bzw. eine zweitweise Anmietung von leerstehenden Einzelhandelsimmobilien ermöglicht werden.

Thomas Hölck
und Fraktion